

Unterrichtung
(zu Drs. 16/1204 und 16/1722)

Der Präsident
des Niedersächsischen Landtages
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 29.10.2009

Mehr Lkw-Parkplätze an Niedersachsens Autobahnen schaffen

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/1204

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Drs. 16/1722

Der Landtag hat in seiner 49. Sitzung am 29.10.2009 folgende Entschließung angenommen:

Mehr Lkw-Parkplätze an Niedersachsens Autobahnen schaffen

Nach wie vor fehlen an Bundesautobahnen Abstellplätze für Lastkraftwagen. Daraus ergibt sich ein erheblicher Suchverkehr dieser Fahrzeugführer, die nachts an unübersichtlichen Stellen an Straßen außerhalb von Ortschaften oder in Gewerbe-, Industrie- und Wohngebieten ihre Fahrzeuge abstellen müssen. Sie stellen ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar. Dennoch nimmt die Zahl der abgestellten Lastkraftwagen kontinuierlich zu. Das Problem des „wildes Parkens“ außerhalb der an Bundesautobahnen für Lkw vorgesehenen Stellplätze resultiert daraus, dass an vielen Streckenabschnitten aufgrund der Zunahme des Güterverkehrs auf der Straße die Kapazität der vorhandenen Parkplätze nicht mehr ausreicht. So kommt eine Erhebung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) aus dem Jahr 2008 zu dem Ergebnis, dass bundesweit etwa 14 000 Lkw-Parkstände auf und an den Bundesautobahnen benötigt werden. Allein in Niedersachsen fehlen 1 370 Stellplätze.

Der Mangel an Parkplätzen führt nicht nur zu Verkehrsbehinderungen aufgrund unsachgemäß abgestellter Lastkraftwagen. Die schlechte hygienische Situation außerhalb von Autobahnraststätten, die über Sanitäranlagen, Speiseangebot und Aufenthaltsräumen für Trucker verfügen, sowie die Angst, auf unbeleuchteten Parkplätzen Kriminellen zum Opfer zu fallen, belasten die Fahrer zusätzlich. Die Folgen sind Übermüdung und eine erhebliche nervliche Anspannung derjenigen, die täglich hinter dem Lkw-Steuer sitzen müssen. Zudem führt die vergebliche Suche nach freiem Parkraum zur Überschreitung der gesetzlich vorgeschriebenen Lenkzeiten. Unter dem von ortsfremden Lkw verursachten Parkplatzausweichverkehr haben vielerorts besonders Gewerbegebiete zu leiden. Hierbei kommt erschwerend hinzu, dass oftmals bei der Planung von Gewerbegebieten nicht berücksichtigt wird, genügend Parkraum für Lkw nebst den erforderlichen Hygiene-Einrichtungen zu schaffen.

Für die Durchführung der Planung und des Baus von Autobahnen sind gemäß Artikel 90 des Grundgesetzes die Bundesländer im Auftrag des Bundes zuständig. Die Finanzierung solcher Maßnahmen ist Aufgabe des Bundes. Das BMVBS hat sich inzwischen u. a. auf Drängen Niedersachsens des Problems der fehlenden Lkw-Stellplätze bundesweit angenommen und ein „Ausbauprogramm zur Verbesserung des Parkflächenangebots auf Rastanlagen der Bundesautobahn“ aufgelegt. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen. Die darin begründeten Möglichkeiten reichen aber bei weitem nicht aus, um eine spürbare Entspannung der Parkplatzsituation in Niedersachsen zu erreichen. Das Land Niedersachsen kann über den Bundesrat für eine verbesserte Maßnahmenförderung eintreten und im Rahmen seiner Möglichkeiten für die Realisierung von Parkplatzkapazitäten sorgen. Um den aus dem mangelnden Parkraum an Bundesautobahnen resultierenden Belastungen für Lkw-Fahrer, für Verkehrsteilnehmer und für die vom „wildes Parken“ betroffenen Anwohner möglichst rasch und nachhaltig zu begegnen, sind dafür seitens des BMVBS u. a. beschleunigte

Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse erforderlich. Darüber hinaus sollte sich der Bund nicht allein auf das Angebot der Tank und Rast beschränken, sondern weitergehende private Aktivitäten zur Schaffung von Lkw-Stellplätzen unterstützen.

Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung,

1. gegenüber dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) darauf hinzuwirken, dass die Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse bei der Schaffung von Lkw-Parkplätzen an Bundesautobahnen weiter beschleunigt werden.
2. gegenüber dem BMVBS ferner darauf hinzuwirken, dass weitergehende private Aktivitäten zur Schaffung von Lkw-Stellplätzen unterstützt und geeignete PPP-Modelle definiert werden, um einen starken Impuls für gemeinsame Projekte auszulösen.
3. an die in der Nähe von Bundesautobahnen gelegenen Kommunen zu appellieren, die Lösung der Lkw-Stellplatzproblematik als gemeinsames Projekt zu verstehen und den beschleunigten Bau von Parkplätzen an den Autobahnen aktiv zu unterstützen.
4. die Kommunen dafür zu gewinnen, in neu geplanten Gewerbegebieten für Lkw ausreichend Parkplätze nebst den erforderlichen Hygiene-Einrichtungen bereitzustellen.
5. zu prüfen, in welchem Umfang die Nutzung und Ausnutzung der Parkplätze durch innovative Informations- und Managementkonzepte verbessert werden kann, sowie Erfahrungen anderer Bundesländer und eigener Modellprojekte auszuwerten und dem Landtag zu berichten.
6. zu prüfen, ob im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsförderprogramme private Aktivitäten zur Schaffung von Lkw-Parkplätzen (Ansiedlung von Autohöfen, PPP-Modelle etc.) im Einzelfall unterstützt werden können.